

Hass als Berufsrisiko

Digitale Gewalt und Sexismus im Bundestagswahlkampf

*Eine gemeinsame Investigation
von HateAid und ISD Germany*

Einleitung

Die heiße Phase des Bundestagswahlkampfes 2021 war stark durch Hass und Hetze im Netz geprägt. Das ergibt eine gemeinsame Datenrecherche von ISD Germany und HateAid, die sich mit dem Ausmaß digitaler Gewalt im Wahlmonat September befasste. **Im Fokus der Analysen: rassistisch und sexistisch motivierte Aussagen gegenüber Kandidierenden im Wahlkampf.** Denn Studien zeigen, dass insbesondere marginalisierte Gruppen, wie Frauen, People of Colour sowie LGBTQ Communities, besonders stark von Hass im Netz betroffen sind.¹ Wenn sich eine vielfältige Gesellschaft auch im Deutschen Bundestag und den politischen Institutionen widerspiegeln soll, müssen Kandidierende dringend besser geschützt werden.

Denn die Ergebnisse der Analyse sind erschreckend: **Digitale Gewalt ist eine der größten Gefahren für den demokratischen Diskurs.** Sie wird zunehmend strategisch eingesetzt, um Politiker:innen einzuschüchtern, zu verunglimpfen oder Anhänger:innen eigener Parteien gegen gemeinsame Feindbilder zu mobilisieren.² Im Vorfeld der Bundestagswahl 2021 rief ein Bündnis von über 20 Organisationen aus Zivilgesellschaft und Forschung³ zum fairen digitalen Wahlkampf auf.⁴ Doch nicht alle Parteien haben eine entsprechende Selbstverpflichtung veröffentlicht und umgesetzt.

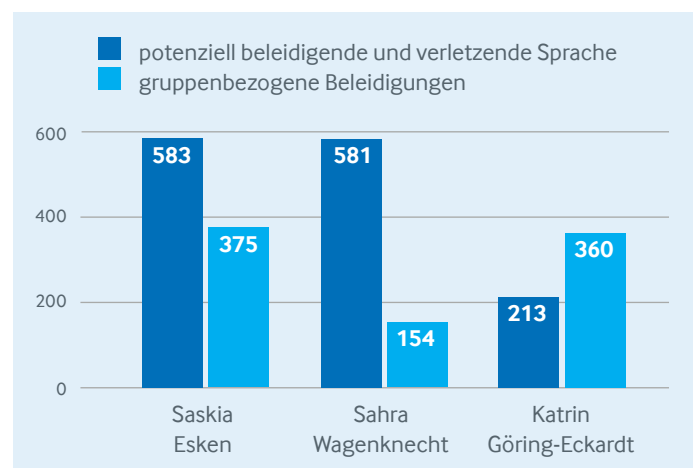
In einer gemeinsamen Datenrecherche haben sich ISD und HateAid daher das Ausmaß der Hasskommentare gegen 60 Kandidierende für den Deutschen Bundestag angesehen.

Die Ergebnisse für den Zeitraum vom 01.09.2021–30.09.2021 auf Twitter:

1. Sexistische und rassistische Beleidigungen sind an der Tagesordnung.

Frühere Analysen von HateAid und ISD Germany konzentrierten sich auf Hass und Desinformation gegen die Spitzenkandidat:innen der Parteien zur Bundestagswahl. Diese Analyse zeigt: **Sexistische und rassistische Beleidigungen waren im Bundestagswahlkampf auf Twitter an der Tagesordnung.** Nicht nur die Spitzenkandidat:innen, auch viele weitere Politiker:innen waren von der Gewalt betroffen. Besonders betroffen im September: Saskia Esken (SPD), Sahra Wagenknecht (Die Linke) und Katrin Göring-Eckardt (Bündnis 90/Die Grünen). Sie erhielten kurz vor der Bundestagswahl besonders viele Tweets mit potenziell beleidigender und verletzender Sprache sowie gruppenbezogenen Beleidigungen – etwa frauenfeindlichen oder rassistisch motivierten Aussagen⁵.

Saskia Esken bekam in diesem Zeitraum 583 Tweets mit potenziell beleidigender und verletzender Sprache und 375 Tweets mit gruppenbezogenen Beleidigungen. Bei Sahra Wagenknecht waren es entsprechend 581 und 154 Tweets, bei Katrin Göring-Eckardt 213 und 360 Tweets.



1 https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/_Hass_im_Netz_-_Der_schleichende_Angriff.pdf

2 <https://www.isdglobal.org/wp-content/uploads/2017/10/The-Fringe-Insurgency-221017.pdf>

3 Darunter ISD

4 <https://de-election-observation.netlify.app/leitfaden/>

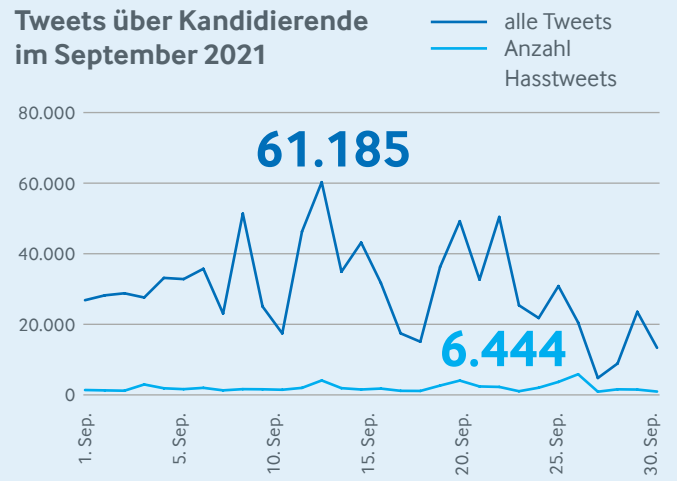
Eine manuelle Auswertung einer Stichprobe zu allen drei Politikerinnen ergab: Insbesondere bei Saskia Esken enthielten Tweets aus beiden Kategorien erniedrigende sexistische Beleidigungen, die teilweise ihr Aussehen thematisierten. Verwendet wurden unter anderem Ausdrücke wie „Frauen gehören in die Küche“. Auch die beiden anderen Politikerinnen wurden sexistisch beleidigt. Die hasserfüllten Tweets thematisierten außerdem ihre Intelligenz und sprachen ihnen die Kompetenz ab.

Bei Katrin Göring-Eckardt enthielten diese Tweets zudem eine erheblich Anzahl von Angriffen, die nicht gegen die Politikerin persönlich, sondern gegen Geflüchtete oder Muslim:innen gerichtet waren. In diesen Posts wurden Migrant:innen pauschal als „Terroristen“, „Mörder“, „Vergewaltiger“ oder „IS-Sympathisanten“ bezeichnet. Die Verfasser:innen dieser Tweets unterstellten Göring-Eckardt und den Grünen, Migrant:innen nach Deutschland zu „schleusen“ mit dem Ziel das Land zu „zerstören“. Solche Aussagen spielen auf den Verschwörungsmythos vom „Großen Austausch“⁸ an, wonach angeblich die weiße Bevölkerung in Europa durch Migrant:innen ersetzt werden solle.

2. Besonders viel Hass am Wahltag und nach TV-Auftritten.

Im September 2021 erhielten die 60 in dieser Analyse beobachteten Kandidierenden 6.444 Tweets mit potenziell beleidigender und verletzender Sprache. **Allein am Wahltag gingen 738 solcher Kommentare über diese Politiker:innen online – das sind rund 30 potenziell hasserfüllte Tweets pro Stunde.** Zudem führten insbesondere die Trielle zwischen den drei Kanzlerkandidat:innen – Armin Laschet (CDU), Olaf Scholz (SPD) und Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen) – sowie der ARD-Vierkampf mit Christian Lindner (FDP), Janine Wissler (Die Linke), Alexander Dobrindt (CSU) und Alice Weidel (AfD) jedes Mal zu einem Anstieg an Hassbotschaften auf der Plattform. So wurden nach dem zweiten Triell und dem Vierkampf am 12. und 13. September insgesamt 708 und nach dem dritten Triell am 20. und 21. September insgesamt 758 potenzielle Hasstweets erstellt.

Tweets über Kandidierende im September 2021



Methodik

Für diesen Report haben wir analysiert, wie viel und welche Formen von Hass sich in öffentlichen Tweets über 60 Politiker:innen finden, die bei der Bundestagswahl entweder auf der jeweiligen Landesliste ihrer Partei standen oder sich um ein Direktmandat bewarben. Diese haben ein öffentliches Profil bei Twitter und traten für unterschiedliche Parteien an.

Die Tweets wurden im Zeitraum vom 1. bis zum 30. September 2021 mithilfe der Twitter API gesammelt und anonymisiert, sodass Twitter-IDs der Verfasser:innen unkenntlich gemacht wurden. Anschließend wurden die Tweets mittels der Programmiersprache Python ausgewertet. Zudem haben wir analysiert, was in einem rund 10.000 Accounts umfassenden Twitter-Ökosystem, das dem rechten bis rechtsextremen Spektrum zuzuordnen ist, über Politiker:innen geschrieben wird.

Grundlage für die Bewertung potenziell hasserfüllter Kommentare bildete die Perspective API von Google.⁶ Gezählt wurden Erwähnungen der Kandidierenden in Tweets, die gemäß Perspective API mit einer Wahrscheinlichkeit von mindestens 85% Beleidigungen und identitätsbezogene Angriffe enthielten.⁷ Darüber hinaus wurde eine Stichprobe der 191 meist geteilten Tweets, idealerweise jeweils 5-10 Tweets pro Politiker:in, manuell ausgewertet. Diese Tweets wurden von zwei Analyst:innen unabhängig voneinander im Hinblick auf die Art des Angriffs kategorisiert.

5 Dazu haben wir zwei distinktive Kategorien der Perspective API ausgewertet: den Score „insult“ sowie den Score „identity attack“. Damit sind zum einen potenziell beleidigende und verletzende Kommentare ohne Bezug auf die Identitäten der jeweiligen Person und zum anderen zusätzlich Kommentare, welche eine ganze Gruppe angreifen, umfasst.

6 <https://www.perspectiveapi.com/>

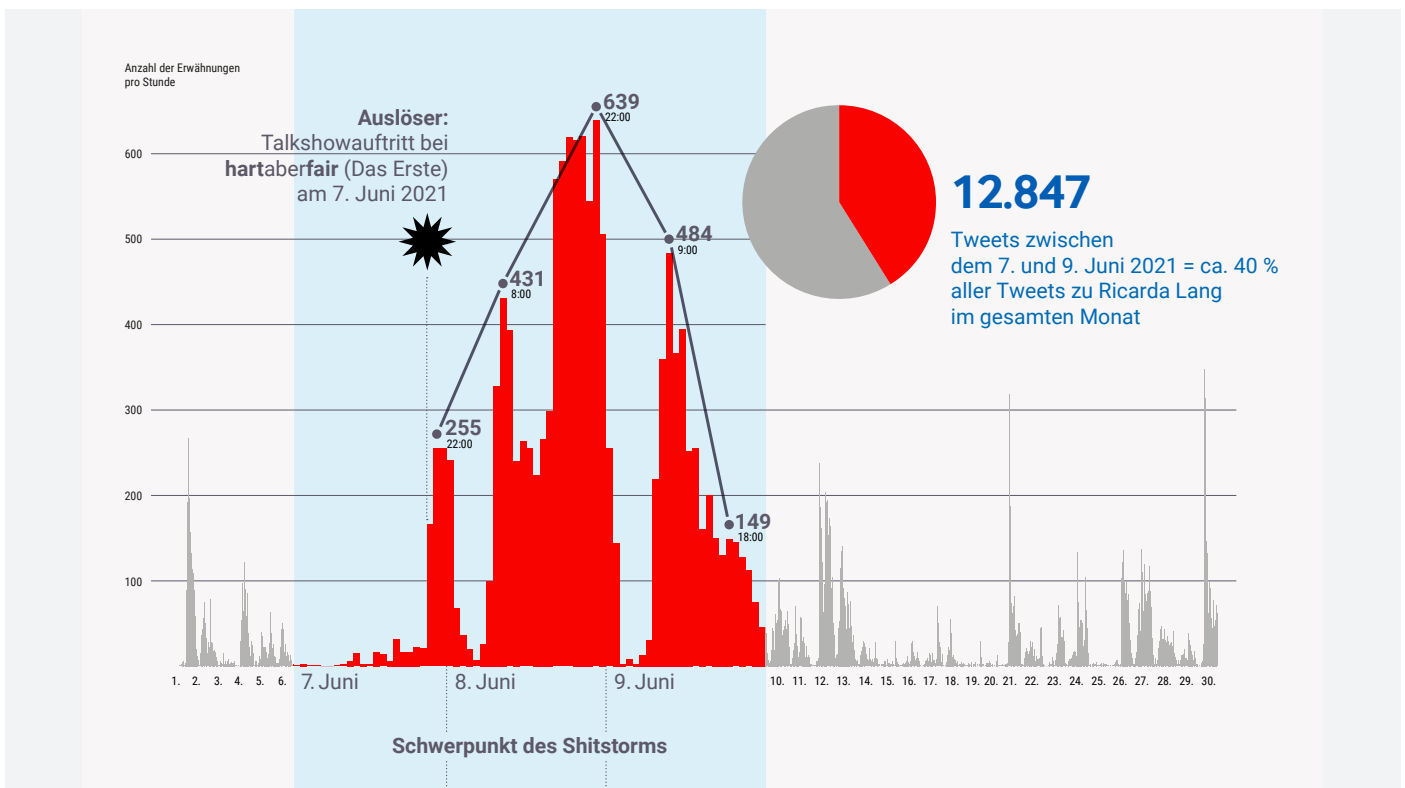
7 Verwendet wurden die Scores „Insult“, „Threat“ und „Identity Attack“.

3. Angriffe mit Verschwörungsmythen, Rassismus, Sexismus und LGBTQ-Feindlichkeit finden sich in den meist geteilten Tweets.

Die manuelle Auswertung einer Stichprobe der 191 meist geteilten Tweets mit potenziell beleidigender und verletzendender Sprache sowie Identitätsattacken zeigt: In 6.8% aller Tweets wurden Verschwörungsmythen erwähnt, insbesondere in Bezug auf die Covid-19-Pandemie. Rund 5% der Tweets aus der Stichprobe enthielten fremdenfeindliche, gegen Ausländer:innen gerichtete Aussagen und 2% offensichtlich rassistische Aussagen. Knapp 2.6% der Tweets wurden als sexistisch bewertet und 2% der Kommentare waren LGBTQ-feindlich. Dies bedeutet, dass knapp 12% der potenziell hasserfüllten Tweets sich damit gegen Menschen und Gruppen richtete, die bereits im analogen Leben Diskriminierungen ausgesetzt sind. Dieser Hass setzt sich im digitalen Raum fort. Und: Da es sich hierbei lediglich um die meistgeteilten Tweets handelt, dürfte dies nur die Spitze des Eisbergs sein.

Case Study: Ein Talkshow-Auftritt – hundertfacher Hass. Der Fall Ricarda Lang.

Frauen, die heute in die Öffentlichkeit gehen und sich politisch äußern, müssen in der Regel mit massiven Konsequenzen rechnen: Hundertfach werden sie oftmals allein in den Kommentarspalten und sozialen Netzwerken beleidigt, bedroht, auf ihr Äußeres reduziert und mit Hass überschüttet. Die Bundespolitikerin Ricarda Lang (Bündnis 90/Die Grünen) hat seit Jahren mit sexistischen und beleidigenden Kommentaren im Netz zu kämpfen. Wie schnell sich ein solcher Shitstorm von den politischen Inhalten entfernt und unter die Gürtellinie geht, zeigt unsere jüngste Datenrecherche.



8 „Großer Austausch“ ist ein Verschwörungsmythos, der in rechtsextremen und rechtsradikalen Kreisen verbreitet ist. Laut diesem Narrativ bestehe ein geheimer Plan von „dunklen Mächten“, Regierungen oder „linken Parteien“, die weiße „Stammbevölkerung“ in Europa durch Migrant:innen auszutauschen. Der Mythos verbindet antimuslimische, rassistische und antisemitische Motive.

Am 7. Juni 2021 ist Ricarda Lang zu Gast in der Polit-Talkshow „Hart aber fair“ in der ARD. Es ist Wahlkampf in Deutschland, das Thema der Sendung lautet: „Die Union kann noch gewinnen: Was heißt das für den Herbst?“⁹ Es geht um den Wahlsieg der CDU bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt, um die Aussichten der CDU bei der Bundestagswahl, um politische Sachfragen. In den Kommentaren, die Ricarda Lang nach der Sendung auf Twitter erhält, spiegelt sich das jedoch kaum wieder: Statt inhaltlicher Debatte entlädt sich dort frauenfeindlicher Hass.

Vor Beginn der Sendung ist es noch ruhig, nur rund 20-mal wird die Grünen-Politikerin binnen einer Stunde auf Twitter erwähnt. Um 21 Uhr wird die Sendung live übertragen, daraufhin verzehnfacht sich die Anzahl der Tweets zu Ricarda Lang auf der Plattform. Um 22 Uhr sind es bereits 255 Erwähnungen in der Stunde. Besonders ist dabei: Mindestens ein Fünftel der Kommentare stammt aus einem rechten bis rechtsextremen Ökosystem.

Der Höhepunkt des Shitstorms folgt jedoch erst am Tag nach der Sendung, mit bis zu 639 Tweets pro Stunde. Darunter zahlreiche Kommentare, die sich nicht mit den politischen Äußerungen Langs auseinandersetzen, sondern in abwertender und beleidigender Weise auf ihr Äußeres abzielen. Sie erfährt jedoch auch Solidarität, zahlreiche Unterstützer:innen greifen digital ein und stellen sich hinter die Politikerin. Insgesamt: 12.847 Tweets zu ihrer Person nach nur einem einzigen Talkshow-Auftritt. Drei Tage lang muss sie sich mit der ihr entgegen schlagenden digitalen Gewalt auseinandersetzen. Statt Inhalten dominiert der Hass den Diskurs.

Die Auswertung der Daten zeigt insgesamt:

- **Rund 40% aller Tweets und Retweets zu Ricarda Lang im gesamten Monat Juni stehen im Zusammenhang mit diesem Shitstorm.**
- **Mindestens 20% aller Tweets in diesem Shitstorm stammen aus einem rechten bis rechtsextremen Ökosystem auf der Plattform.** Eine kleine radikalisierte Minderheit befeuert den Hass immer wieder aufs Neue.
- Besonders im Fokus stehen in diesem Fall die Communities von @argonerd, @reitschuster, @nikitheblogger und @RolandTichy.

» Gewalt im Netz ist keine Lappalie «

*Interview mit Ricarda Lang, MdB,
Bundeschvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen*

Sie werden aufgrund Ihrer politischen Tätigkeit im Netz immer wieder angegriffen. Wie sehen die Angriffe gegen Sie aus, beziehen sie sich noch auf Ihre politischen Inhalte oder wird es direkt persönlich?

Zu welchen Themen ich mich auch äußere – Lohnungleichheit, Schule oder Finanzpolitik – unter den Antworten sind dann gerade in sozialen Medien fast immer auch Kommentare zu meinem Äußeren.



Welche Rolle spielt aus Ihrer Sicht Ihr Geschlecht bei diesen Angriffen und Hassbotschaften? Erhalten Sie auch explizite Drohungen?

Für viele Menschen scheint es immer noch ein großes Problem zu sein, wenn eine Frau selbstbewusst eine politische Meinung vertritt. Wenn sie dann auch noch nicht den gängigen Schönheitsidealen entspricht, gibt es kein Halten mehr – ich erhalte unfassbar viele Hassnachrichten, Morddrohungen, Gewaltfantasien.

Was müsste sich aus Ihrer Perspektive ändern, damit Frauen im Netz sicher sind?

Es ist wichtig, dass wir anfangen, den Hass im Netz speziell gegen Frauen als strukturelles Problem zu begreifen. Wir müssen solidarisch miteinander sein. Und zwar über Parteigrenzen hinweg. Dafür braucht es auch wirksame Beschwerdemechanismen und eine verbesserte Strafverfolgung. Denn Gewalt im Netz ist keine Lappalie – sie ist ein Angriff auf unsere Demokratie und als solche sollten wir sie als Gesellschaft auch angehen.

⁹ <https://www.ardmediathek.de/video/hart-aber-fair/die-union-kann-noch-gewinnen-was-heisst-das-fuer-den-herbst/das-erste/Y3JpZDovL3dkci5kZS9C-ZWl0cmFnLTg5Y2Y1NzZiLWU1M2YtNGM3My05NTk4LTZiYmNjYjE5OGM4MA/>

Empfehlungen an die Politik

1. Umfassendes Gesetzespaket gegen digitale Gewalt zügig verabschieden

Die Möglichkeiten für Beratungsstellen, Opferschutzverbände und Betroffene selbst, rechtlich gegen digitale Gewalt vorzugehen, müssen dringend verbessert werden.

Hasskriminalität im Netz muss konsequent verfolgt werden, auch dann, wenn es sich um Beleidigungsdelikte handelt, deren gesamtgesellschaftliche Bedeutung oft verkannt wird. Hierfür muss sichergestellt werden, dass derartige Ermittlungsverfahren nicht ohne Weiteres unter Verweis auf den Privatklageweg eingestellt werden können. Es bedarf zudem niedrigschwelliger Möglichkeiten zur Anzeigeerstattung und einer Ausweitung von Zeugenschutzvorschriften, die eine frühzeitige Belehrung über die Möglichkeit der Angabe einer c/o Anschrift vorsehen. Damit Strafverfolgung nicht an der Identifizierung der Täter:innen scheitert, bedarf es einer gesamteuropäischen Lösung, welche die Verpflichtung von im Ausland ansässigen Online-Plattformen ermöglicht. Zudem muss sichergestellt werden, dass die bei den Plattformen vorhandenen Informationen auch verwertbar sind. Hierfür erscheint eine Verifizierungspflicht, z.B. mit einer Telefonnummer, diskussionswürdig. Jedenfalls sollte die sogenannte Loginfaller zügig gesetzlich verankert werden, damit dies unter Wahrung der Grundrechte sichergestellt werden kann. Die neu eingeführte Meldepflicht ans Bundeskriminalamt (BKA) nach § 3a NetzDG hingegen sollte neu gefasst und datensparsamer ausgestaltet werden. Es muss zudem angestrebt werden, gesetzliche Regelungen auch gegenüber im außereuropäischen Ausland ansässigen Diensteanbietern durchsetzen zu können. Hierfür bedarf es der rechtlichen Voraussetzungen, um diese z. B. durch die Inanspruchnahme von Drittanbietern wie Hosting Providern, App-Stores oder Zahlungsdienstleistern unter Druck setzen zu können.

Im Rahmen eines umfassenden Gesetzespakets gegen digitale Gewalt sollten zügig schnelle zivilrechtliche Klagemöglichkeiten geschaffen werden. Es muss sichergestellt werden, dass Auskunftsansprüche der Betroffenen nicht dadurch ins Leere laufen. Hierfür bedarf es der Schaffung nachgelagerter Auskunftsansprüche für Betroffene, da für diese als Privatpersonen Auskünfte über IP- und E-Mailadressen nicht nutzbringend sind. Dabei sollten auch die

Besonderheiten wie kurze Speicherzeiten von Nutzungs- und Bestandsdaten berücksichtigt und beschleunigte Auskunftsverfahren für IP-Adressen geschaffen werden. Auch richterlich angeordnete Accountsperrern sollten ermöglicht werden. Betroffene sollten zudem einen gesetzlich verankerten Anspruch auf Schadensersatz gegen Täter:innen und Plattformen haben, der die Reichweite und Geschwindigkeit der Verbreitung von Inhalten im Netz einpreist.

Das Gesetzespaket sollte außerdem die langfristige Finanzierung von akuter Beratung, präventiven Schulungen und Aufklärungsarbeit über digitale Gewalt ausweiten. Eine verbindliche finanzielle Unterstützung von Unterstützungs- und Beratungsangeboten durch Plattformanbieter sollte in Erwägung gezogen werden.

2. Sorgfaltspflichten für illegale Inhalte und Verschwörungsmythen vorantreiben

Wenn sich illegale Inhalte sowie Falsch- und Desinformationen bereits millionenfach verbreitet haben, ist der Schaden für die Betroffenen und für die Integrität unserer Demokratien kaum noch abzuwenden. Die Politik muss daher europäisch abgestimmte und ambitionierte Verpflichtungen für Anbieter sehr großer bzw. einflussreicher Plattformen erlassen, um die von ihren Systemen ausgehenden Risiken wirksam zu minimieren. In die laufenden Verhandlungen des europäischen Digital Services Act (DSA) sollte sich Deutschland mit voller Kraft einbringen, um ein einheitliches und hohes Niveau des Schutzes vor digitaler Gewalt zu gewährleisten. Anbieter sollten darüber hinaus in die Verantwortung genommen werden, andere digitale Bedrohungen, insbesondere vor dem Hintergrund geschlechtsspezifischer und intersektionaler Diskriminierung, durch wirksame und klar definierte Risikominierungsmaßnahmen einzuschränken. Zu den möglichen Maßnahmen gehören insbesondere die Offenlegung und gegebenenfalls die Anpassung der Prozesse der Moderation von Inhalten. Die Entscheidung über Anpassungen sollte dabei von der Plattform ausführlich begründet werden müssen, damit der Einsatz wirksamer Maßnahmen gewährleistet ist. Bei der Meldung von Inhalten durch Nutzer:innen auf Basis der Gemeinschaftsstandards oder gesetzlicher Meldepflichten sollte das Verhältnis der jeweiligen Beschwerdemanagement-Systeme zueinander geprüft werden, um eine Durchsetzung gesetzlicher Meldepflichten zu gewährleisten.

3. Breiten Datenzugang für Journalismus, Wissenschaft, Zivilgesellschaft ermöglichen

Plattformanbieter sollten rechtlich dazu verpflichtet werden, eine technische Schnittstelle zur Bereitstellung von interoperablen, maschinenlesbaren und lizenzfreien Daten für vertrauenswürdige Forscher:innen und Organisationen aus Journalismus, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zur Untersuchung systemischer Risiken wie insbesondere der Verbreitung rechtswidriger oder schädlicher Inhalte einzurichten. Dabei muss klargestellt werden, dass auch Kommentare unter Beiträgen unter Einhaltung des Datenschutzes über die Schnittstelle zugänglich sind. Gleichzeitig muss der Zugriff auf die Daten für nicht vertrauenswürdige Akteure gesperrt werden, um Missbrauch zu verhindern.

4. „Dunkle“ soziale Medien in die Pflicht nehmen, digitale Gewalt zu bekämpfen

Digitale Gewalt und andere problematische Aktivitäten finden sich inzwischen insbesondere auch auf kleineren, aber in einigen Ländern besonders einflussreichen Plattformen wie 4chan, BitChute, Discord, Gab, Minds oder Voat. Diese werden unter Wissenschaftler:innen auch „dunkle“ soziale Medien („Dark Social“) genannt. Diese sollten insbesondere im Wahlkontext durch Regulierungsbehörden weitreichenden Sorgfaltspflichten unterworfen werden können. Kleine und mittlere Anbieter, deren Systeme voraussichtlich keine großen Auswirkungen auf den demokratischen Diskurs haben, sollten hiervon nicht betroffen sein.